

Nun also doch - Gehaltszulage für Lehrer an Brennpunktschulen ?!

Beitrag von „Morse“ vom 8. September 2018 00:05

[Zitat von sofawolf](#)

Natürlich stehen sie vor der Wahl, wofür sie die Steuergelder, die sie einnehmen, ausgeben.

Sie können damit die Kindergartenbetreuung kostenlos machen, wie jetzt in Berlin, oder das Geld benutzen, um mehr Erzieher einzustellen und den Betreuungsschlüssel zu verkleinern. Mal so als ein Beispiel. Sie könnten auch beides machen, aber dann können sie anderes nicht mehr finanzieren (mehr Stellen bei der Polizei, in der Justiz, in der öffentlichen Verwaltung, bei den Jugendämtern ... wo mangelt es eigentlich gerade nicht an Personal?).

D.h. alle Steuergelder nur für die Lehrer auszugeben, ist unrealistisch. **Weil Prioritäten gesetzt werden müssen und weil wir gut verdienen, bin ich dafür, jetzt massiv in bessere Arbeitsbedingungen zu investieren.**

Ich halte diesen vermeintlichen (chronischen) "Personalmangel" ja gar nicht für einen "richtigen" Mangel, sondern eine effektive Kalkulation (s.o.).

Junge gegen Alte, Arbeitslose gegen Arbeitnehmer, Ausländer gegen Inländer, Wessis gegen Ossis, Männer gegen Frauen, Autofahrer gegen Radfahrer, Abba gegen Zappa, Dings oder Bums, Privatversicherte gegen ... usw. usw.

Legitimationen dafür, mal bei der einen Gruppe die Schraube enger zu ziehen zu oder zu lockern, oder doch bei der anderen, finden sich immer. Als Folge des kapitalistischen Prinzips erscheinen mir diese Prozesse als sozio-ökonomische "Feinabstimmung". Die Zeitungen sind ja voll davon.

Als Lehrer sind bessere Arbeitsbedingungen für Lehrer unser Interesse. Das schon.

Aber weshalb sollte ein Arbeitgeber, der genau das gegensätzliche Interesse hat - sowohl was die unmittelbaren als auch die mittelbaren Lohnkosten betrifft - dem nachgeben? Aus welchem Grund?

Ich teile Deinen Wunsch - bessere Arbeitsbedingungen - natürlich, aber diesen Gedanken, dass wir mit unserem Interesse, dass dem des Arbeitgebers so dermaßen entgegensteht, da überhaupt etwas zu mitzubestimmen hätten, geschweige denn eine Auswahl zu treffen zw. Löhnen und Arbeitsbedingungen, den halte ich für verkehrt. Das entspricht einfach nicht dem Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wünschen kann man sich immer viel, klar. Aber

solche dezidierten Forderungen erwecken bei mir den Eindruck, dass man sich über dieses Verhältnis nicht im Klaren ist. Die Mitbestimmung ist in dem Maß vorhanden, in dem Man Druck ausüben kann. Nicht immer, aber meistens sitzt der Arbeitnehmer am längeren Hebel. Schon alleine dadurch, dass sein Profit durch die Anstellung des Arbeitnehmers, also die Rendite seiner Investition, überhaupt deren Bedingung ist.

Zurück zum Thema: in den unterschiedlichen Methoden der Bundesländer auf den "Lehrermangel" zu reagieren meine ich auch ein ökonomisches Prinzip zu erkennen, auch wenn dessen Ergebnisse unterschiedlich ausfallen. So unterschiedlich wie die Bundesländer strukturiert sind. In B.-W. z.B. sagte die Ministerin, dass sie keine Strukturzulage für den ländlichen Raum gewähren möchte; andere Bundesländer tun dies - jeder aus den jeweiligen Gegebenheiten. Für mich ist das ein Austarieren mit dem Ziel maximaler Produktivität.

Ich wiederhole mich jetzt schon ein bisschen aber wenn man dieser Beurteilung zustimmt, dass "Kosten sparen" (um mal eine geläufigere Formulierung zu benutzen) die oberste Priorität ist, dann kann man meiner persönlichen Meinung nach nicht auf diese Weise "fordern".

Wenn so gefordert wird, scheint es mir zumindest oft, hält man die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht wirklich für Gegensätze, sondern - wenn auch keine Win/Win-Situation, dann doch schon irgendwie miteinander vereinbar.

Als wären die "guten Arbeitsbedingungen" kein (bezahltes) Mittel zum Erreichen einer bestimmten gewünschten Qualität, sondern ein moralischer Selbstzweck.